

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 546 ppbn d  
Telefax: 21 06 94

## Inhalt

Björn Engholm zum 65.  
Geburtstag von Hans-  
Jochen Vogel: Das Ge-  
sicht der SPD geprägt.  
Seite 1

Ludwig Stiegler MdB  
zur Bonner Haltung  
zum Golfkrieg: Auch  
wenn die Welt in  
Scherben fällt?  
Seite 2

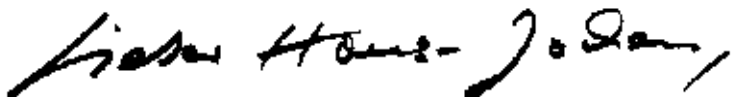
**Rezension**  
Ingo Arend stellt das  
von Axel Lochner her-  
ausgegebene Buch  
'Linke Politik in  
Deutschland' vor.  
Seite 4

46. Jahrgang / 21

30. Januar 1991

### Das Gesicht der SPD geprägt Hans-Jochen Vogel zum 65. Geburtstag

Von Björn Engholm  
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein



auf diesem Wege: Meine allerherzlichsten Glückwünsche zu Deinem 65. Geburtstag!

Du hast durch Deine Arbeit mit großer Umsicht und hoher Kompetenz das Gesicht unserer Partei durch Jahrzehnte auf allen Ebenen geprägt.


Deine unnachahmliche Mischung aus politischem Gespür, systematischer Strenge und augenzwinkerndem Humor hat unserer Partei nicht nur in den Jahren Deines Vorsitzes bis in die Kommunen und Ortsvereine hinein gutgetan.

Dein Engagement auch und gerade für die scheinbar kleinen Probleme der haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder unserer Organisation ist beispielhaft und hat für die Zukunft deutliche Akzente gesetzt.

Auf diese Fähigkeiten hat die Sozialdemokratie gebaut und setzt sie auch morgen.

Ich wünsche Dir heute vor allem, daß Dein und unser Wunsch nach Frieden so schnell wie möglich in Erfüllung geht.

Uns wünsche ich eine weitere enge Zusammenarbeit mit Dir im Zentrum der Partei.



(-/30.1.1991/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kemmlinger Umwelt  
mit recyceltem Rohmaterial  
Kopierpapier



### **Auch wenn die Welt in Scherben fällt?**

**Zur Bonner Haltung zum Golfkrieg**

**Von Ludwig Stiegler MdB**

**Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag**

"Fiat justitia, pereat mundus" war der Wahlspruch Kaiser Ferdinands, der auf dem Abweg in den Dreißigjährigen Krieg erhebliche Mitverantwortung trug. "Das Recht muß durchgesetzt werden, auch wenn im Nahen Osten alles in Scherben fällt", scheinen nicht wenige in Deutschland, insbesondere in der CSU, zu denken, die uns raten, den Golfkrieg mitzufinanzieren, und es bedauern, daß uns das Grundgesetz verbietet, mit Waffengewalt einzugreifen.

Im Nahen Osten entsteht kein Friede durch Krieg. Dieser Krieg ist ein Versagen der Politik. Er muß sofort beendet werden. Wir Deutsche dürfen nicht mithelfen, ihn zu verlängern. Wir müssen alles tun, ihn zu verkürzen, die Waffen ruhen zu lassen und der Politik wieder eine Chance zu geben. Wir haben kein Recht, Hunderttausende von Menschenleben und die Lebensfähigkeit einer ganzen Weltregion aufs Spiel zu setzen, nur weil wir keine Geduld haben, einen vom Westen aus Gewinnsucht und zynischem, nicht aufgegangenen Kalkül bis an die Zähne bewaffneten Verbrecher mit Mitteln unterhalb der Schwelle des Krieges zur Umkehr und zur Wiederherstellung des verletzten Rechts von Kuwait zu bewegen und dazu zu bringen, in Zukunft seine Nachbarn nicht mehr militärisch zu bedrohen.

Es geht längst nicht mehr um Saddam Hussein, es geht um das Leben Hunderttausender unschuldiger und veretzter Opfer. Es geht um die Chance, in dieser Region, die ein Paradies sein könnte, in Zukunft Frieden und Versöhnung zu schaffen. Das ist weiß Gott schwerer als Krieg zu führen.

Der internationale Druck auf Regierung und Opposition, aktiv in die Anti-Irak-Koalition einzutreten, nimmt zu. Aus Israel werden mehr als kritische Fragen gestellt. Auf Bundesregierung und Bundestag kommen schwierige Entscheidungen zu. Sie verlangen von uns Festigkeit und Entschlossenheit, auch wenn wir gegen den Strom derer anzuschwimmen haben, die die Berichte vom Golf wie ein Horror-Video, von dem man ohne Folgen auf eine Eisrevue umschalten kann, konsumieren. Die Wirklichkeit ist aber anders. Die Stunde der Wahrheit, die Aufhebung der Zensur und der Schrecken über das, was angerichtet wurde, steht uns allen noch bevor. Die Umweltfolgen, die Folgekosten werden noch nicht das Schlimmste sein. Schlimmer wird der Haß sein, der bleibt.

Die "Selbstvollstreckung" der Anti-Irak-Koalition bringt den Frieden nicht. Dieser Krieg führt nicht zum Frieden, wie die CSU meint. Er setzt die Serie von Aggression und Gegenaggression fort. Deshalb ist Umdenken und Umkehr notwendig. Die UNO muß wieder die Federführung übernehmen. Der Sicherheitsrat hat andere ermächtigt und sich selbst aus dem Spiel gebracht. Es ist Zeit, die französische Initiative wieder aufzugreifen. Eine stille Abrede der Supermächte, sich freie Hand am Golf einerseits und in den baltischen Staaten andererseits zu geben, darf nicht sein.

Die Bündnissolidarität in der NATO zwingt uns nicht, am Golf miteinzugreifen. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns vielmehr, klar zu machen, daß vom vereinten Deutschland in Zukunft Frieden ausgeht. Eine deutsche UNO-Initiative ist deshalb längst überfällig. Die NATO hat mit der Beendigung des Kalten Krieges ihren Auftrag erfüllt. Sie sollte in ein politisches Bündnis überführt werden. Jedem Versuch, ihren Aufgabenkreis regional und militärisch zu erweitern, müssen wir widerraten. Die Konflikte der Zukunft, die meistens Nord-Süd-Konflikte sein werden, verlangen Frieden durch Gerechtigkeit. Mit militärischer Unterwerfung wird kein Friede zu schaffen sein.

Bleibt die Türkei, die sich ohne Konsultation der Bündnispartner entschieden hat, in den Golf-

krieg einzugreifen. Der NATO-Vertrag gibt ihr weder den rechtlichen noch den moralischen Anspruch, die NATO und damit auch die Bundesrepublik in den Golfkrieg hineinzuziehen - genauso wenig, wie sich die Vereinigten Staaten und die anderen Bündnispartner von der Bundesrepublik an der ehemaligen Zonengrenze in einen Konflikt mit der Sowjetunion hätten hineinziehen lassen.

Artikel 11 des NATO-Vertrages spricht da eine deutliche Sprache: genauso wenig können die Türkei oder auch andere NATO-Staaten die Bundesrepublik über die Türkei in den Golfkrieg hineinziehen. Wer den Bündnisfall provoziert, hat keinen Anspruch auf ein militärisches Eingreifen der Bundesrepublik.

Der Standpunkt der CSU, die bei einem Angriff auf die Türkei den Bündnisfall ohne Wenn und Aber gegeben sieht, würde die Deutschen in einer zentralen Frage wie der Entscheidung über Krieg und Frieden den Erwägungen anderer Regierungen unterwerfen. Weder gibt das NATO-Recht einen automatischen Anspruch auf militärischen Beistand noch kann die Bundesregierung ohne Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag militärische Gewalt am Golf im Rahmen der NATO einsetzen. Jede andere Entscheidung wäre Verfassungsbruch. Wir werden nicht zögern, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wenn die Bundesregierung - ohne das Parlament zu fragen - mit dem Feuer spielen sollte. Die Alpha-Jets der Bundeswehr dienten im Namen der NATO-Solidarität der Abschreckung vor einem Angriff auf die Türkei, die damals am Golfkrieg noch nicht beteiligt war. Sie ist jetzt auf eigene Gefahr Kriegspartei geworden. Der Abschreckungsauftrag kann nicht mehr erfüllt werden. Die Bundeswehr muß deshalb zurück. Ihr Einsatz in der Türkei wäre vom Grundgesetz nicht gedeckt.

Fragen bleiben auch unterhalb des militärischen Einsatzes genug. Die Bundesregierung stellt den Streitkräften der Anti-Irak-Koalition Munition und Infrastruktur zur Verfügung. Natürlich werden wir Verwundete und Verletzte aufnehmen und versorgen. Aus dem Bundeshaushalt wurde nicht nur an die vom Embargo betroffenen Länder gezahlt. Finanzielle Leistungen flossen auch an die USA, die nicht müde werden, täglich aggressiver mehr Geld zu fordern. Ich meine, wir dürfen nicht zahlen, um diesen Krieg zu finanzieren. Folgekosten wie fällig werdende Hermes-Bürgschaften müssen wir ohnehin tragen.

Wir wollen diesen Krieg nicht. Wir dürfen auch nicht den Eindruck erwecken, als ließen wir die anderen kämpfen, so wie man sich früher Söldner bezahlt hat. Wir wollen, daß die UNO instandgesetzt wird, Frieden zu schaffen nach dem Schweigen der Waffen. Deshalb kann es mit unserer Zustimmung nur Zahlungen an die UNO und ihre humanitären Einrichtungen geben.

Schon gar nicht kommen Steuererhöhungen für den Golfkrieg in Betracht. Wir haben im Wahlkampf Steuererhöhungen für den Aufbau der neuen Bundesländer vorgeschlagen. Die knappen Ressourcen dürfen nicht für die Zerstörung und den anschließenden Wiederaufbau verschwendet werden. Jeder Tag, den die Waffen früher schweigen, spart enorme Folgekosten und gibt Mittel für Frieden durch Gerechtigkeit. Wenn die USA und ihre Verbündeten die Mittel, die der Krieg schon gekostet hat und weiter kosten wird, für die Entwicklung eingesetzt hätten, wären wir schon wesentlich weiter. Diese Weltgesellschaft hat Unsummen für Kriege. Wo bleiben die Summen für den Frieden?

Eine Ausnahme wird Israel sein, das von dem Irak angegriffen wird, ohne daß es im Golfkrieg beteiligt ist. Israel hat das Recht der Selbstverteidigung. Es hat auch einen moralischen Anspruch, Verteidigungshilfe gerade von uns Deutschen zu erhalten. Dieser Anspruch leitet sich aus der deutschen Geschichte und daraus ab, daß deutsche Firmen den Irak, zum Teil auch mit Wissen und Förderung durch die Bundesregierung (Stichwort: Hermes-Bürgschaften) ausgerüstet haben, obwohl die Bedrohung Israels bekannt war. Aber auch hier sollen wir eindeutig Hilfe zur Verteidigung, nicht aber Unterstützung bei einer Eskalation leisten.

(-/30.1.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **REZENSION**

### **Die Demokratie der Zivilgesellschaft: Die Linke in der Erneuerungsdiskussion**

**Axel Lochner (Hrsg.): Linke Politik in Deutschland. Beiträge aus DDR und BRD, Verlag Galgenberg, 218 Seiten, Hamburg 1990.**

Reader über linke Politik häufen sich. Ein Symptom für deren Krise. Sie spiegeln oft mehr ihre flatterhaften Bewältigungsversuche, als daß man ihnen wirklich brauchbare Alternativen und Perspektiven entnehmen kann. Buchgewordene Diskussionen: Häufig legt man sie mit einer Art ratloser Verwirrung zur Seite. Nach der Lektüre schwirrt einem der Kopf ob der vielen durcheinandergeschriebenen Beiträge, denen der rote Faden fehlt. Verständlich, wenn man bedenkt, daß der Linken mehr als ein paar "Hintergrundgewißheiten" abhanden gekommen sind.

Der Reiz von Lochners Zusammenstellung liegt in dem alle Teile der Linken umfassenden Diskutantenkreis. Er umfaßt Ost wie West, ermöglicht eine synoptische Annäherung an linke Berührungspunkte, bissig-zynische und skeptische nicht ausgeschlossen. Siggie Fries und Georg Fülberth von der "Radikalen Linken" überziehen in ihrem Beitrag die Diskussion um "Gestaltungsalternativen", mit der die Linke nach ihrer Ansicht vor der deutschen Einheit kapituliert, süffisanter Kritik. Sie gehen davon aus, daß in dem neuen weltmarktorientierten "Großreich" Deutschland mit seiner "kolonialen Mentalität" (Klaus Kömer) die Linke keine Rolle mehr spielen wird. Für Ruth Hammerbacher, ehemalige Vorstandssprecherin der Grünen ist dagegen klar, daß der Begriff "links" aufgrund seiner real existierenden Bedeutungsgeschichte keine Zukunft mehr hat. In Zukunft müßte auch das Verhältnis von emanzipativen, auf soziale Gerechtigkeit zielenden Reformen zur ökologischen Krise neu bestimmt werden.

Mechtild Jansen, eine der klügsten und kritischsten Leitfiguren der außerparlamentarischen Linken, seit Jahren engagiert in der Frauen- und Friedensbewegung, Sprecherin im "Netzwerk Friedenskooperative", entwickelt am Beispiel der Frauenemanzipation die strukturelle Ähnlichkeit des realsozialistischen mit dem kapitalistischen Patriarchat und die "Vision und Utopie von einer anderen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus". Wolfgang Templin, Gründungsmitglied der "Initiative Frieden und Menschenrechte", heute bei "Bündnis 90/Grüne" erweitert diese Kritik auf das beiden Gesellschaften zugrundeliegende Zivilisationsmodell der industriellen Wachstumsgesellschaft.

Wie soll das überwunden werden? Ob sich für die wichtigen Oppositionskräfte durch das Zusammenbringen "bisher getrennt gedachter Teile" neue politische Schubkraft ergibt, kann bezweifelt werden. Zum unerschütterbaren Glaubenssatz der Linken gehörte bislang, daß die Ökonomie Erklärungs- und Veränderungsfaktor Nummer eins ist. Gemessen an vielen Diskussionen, beispielsweise um einen neuen "politökonomischen Minimalkonsens" bleibt der zentrale Bereich der Suche nach einem neuen Wirtschaftsmechanismus merkwürdig unterbelichtet, ungenau und widersprüchlich. Zugleich offenbart er unterschiedliche Wahrnehmungs- und Bewältigungsmuster aus Ost und West.

Reinfried Musch, Betriebsökonom aus der ehemaligen DDR und Mitglied der "Vereinigten Linken" wünscht sich nach den Erfahrungen mit den zentralistisch organisierten Kombinat im Staatssozialismus mehr wirtschaftliche "Sachkompetenz" der Linken und sieht schon in "Konsensbildung" und "partizipativen Führungsmodellen" Fortschritte. Wolfgang Templin hofft, die "einseitige Orientierung auf Gewinnmaximierung" durch ein vages kulturelles Wertesystem in Schach halten zu können. Die Agraringenieurin Karin Schießl, ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende in der DDR, sieht angesichts der Vorgaben durch die Wirtschaftsunion und die Einheit nur schmale Bewegungsspielräume für die Gewerkschaften insgesamt. Statt "illusorischer Vorstellungen zur Mitbestimmung" sei "Realismus" angebracht. Ihre westlichen Kollegen setzen, wie das IG-Metal-Vorstandsmitglied Siegfried Biecher, nur im Ton ähnlich, auf "Beteiligungsorientierung". Mit der Diskussion um die "Vergesellschaftung", die durch inkonsequente Reformpolitik durchzusetzen ist, umreißen sie zugleich, aber nur vage, weitergehende Ansätze einer "Wirtschaftsdemokratie". Hier stochert die Linke hilflos in Begriffen. Währenddessen muß die darniederliegende DDR zur ungebrochenen Stimulierung des alten Wachstumsparadigmas herhalten.

Die Parteien als Akteure sind ziemlich "out". Die Zukunft der SPD, gar des konservativ-liberalen Blocks ist seltsamerweise kein Thema. Und auch wenn Gregor Gysi und Jochen Willerding von der "Partei des demokratischen Sozialismus" (PDS) fröhlich-frech ihre eigene Existenz links neben der Sozialdemokratie mit der radikaleren sozialistischen Vision zu begründen suchen - glaubwürdig ist das angesichts der Krise dessen, was als sozialistisch bezeichnet werden kann, und auf welchem Trümmerberg das bei der PDS sich entwickelt, nicht. Horst Bethge, alter Bewegungskämpfer bei der Hamburger GEW scharrt schon wieder mit den Hufen. Er plädiert trotz der Warnung von Oskar Negt vor einer neuer "kurzfristigen Stückwerktechnologie" der Linken schon wieder behende für eine "Linke Liste" der außerparlamentarischen Linken und hat tausend Aktionsvorschläge parat.

Wenn es denn so etwas wie zentrale Erneuerungskategorien gibt, die sich bei allen Linken finden, dann sind es die Stichworte Demokratie, Individualität, Öffentlichkeit. Träger dieser neuen Inhalte sind die Bewegungen und die Individuen. Zu runden Tischen als neuer Form der Politikgestaltung im Westen, getragen von den Bürgerbewegungen rät Stephan Bickhardt von "Demokratie jetzt". Wolfgang Templin fordert den Übergang von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie. Harald Wolf von der AL Berlin will eine radikal-demokratische Alternative zum Parlamentarismus. Christiane Reyman von den DKP-Erneuerern sieht im Wegfall des örtlichen Sozialismuskötzens die Chance zu einer autonomen linken Theoriebildung. Für sie liegen die Gemeinsamkeiten von Ost und West für linke demokratische Bewußtseinsbildung in einer erstrittenen statt verordneten oder verdrängten antifaschistischen Identität.

Mechtild Jansen verbindet die Punkte Demokratie und Individualität. Demokratie, so fordert sie in Anlehnung an die Diskussionen um die "Zivilgesellschaft" muß in Zukunft die Politik "so weit wie möglich in die Gesellschaft zurückholen" und sie als "Teil des Lebens", als "höchstmögliche Selbstorganisation" verstehen. Darin trifft sie sich mit Wolfgang Engler, Philosophiedozent an der Theaterhochschule Berlin. In seinem bemerkenswerten Beitrag fordert er die "Reformulierung des emanzipatorischen Projekts", das demokratisch und evolutionär, auf einem "menschen-geschaffenen" Lernprozeß aufbauen muß.

Der bisherige, kompromißlose linke Fundamentalismus habe in der Analyse des Gegenwartskapitalismus systematisch die "nichtkapitalistischen Entwicklungspotentiale" ausgeblendet. Die sieht er in den "Intermedien neuen Typs". Mit diesen Abstrakta meint er natürlich die sozialen Bewegungen, die er als Erben der alten Emanzipationsbewegungen ansieht. Mit ihnen, im Gegensatz zur bisherigen "großkollektiven Kompromißbildung" entstandenen Verkehrsformen sieht er die Chancen einer zivileren Art von Gegenwartsgesellschaft aufscheinen.

Sie hätten innerhalb des Kapitalismus "Bewegungsräume einer Gesellschaft der Individuen" geschaffen, die reformpolitisch weiterentwickelt werden müssen.

Diesen Ansatz vollendet Jansen. Aus ihrer schonungslosen Bilanz von Realsozialismus und einem falschen linken Politikverständnis im Westen gewinnt sie die Forderung einer neuen "Perspektive einer freien individuellen Entfaltung im kollektiven und gesellschaftlichen Kontext". Fraglos, daß diese Politik der Linken nur Zukunft hat, wenn sie ein neues menschliches Maß in den Mittelpunkt ihrer formulierten wie gelebten Alternativen stellt. Eine Chance hat sie nur "unter Verzicht auf 'Modelle, Perfektionismus und vordergründig werbewirksame Attraktivität'" (Jansen).

Die Linke glaubte nach dem Ende des Kalten Krieges, die in greifbare Nähe gerückte Vision einer friedlichen und kommunikativen Zivilgesellschaft planvoll polieren zu können. Nach der deutschen Einheit und dem Golf-Krieg wird sie alle Hände voll zu tun haben, sich an den Trümmern einer beispiellosen nationalen und militärischen Renaissance abzarbeiten, die wie ein Meteorschwarm in diese Utopie eingeschlagen sind. Um so aktueller wird das von Andre Brie beschworene "geschichtliche Augenmaß", das er der Linken bei der Aufgabe abfordert, das Gewicht des vereinigten Deutschland für eine alternative, nichtmilitärische europäische Friedensordnung einzubringen.

Die SPD tat bislang so, als ob sie von der Krise der Linken nicht betroffen wäre; als ob sie die gerechte Strafe für ein paar ultralinke Spinner, die letzten Stalinisten und ihre westlichen Adepten wäre. Sie täte gut daran, diese Debatte weder in Kommissionen abzuschieben, noch mit dem Zeigefinger, sondern als Betroffene zu begleiten. Diese Neuformierung berührt die "alte Emanzipationsbewegung" in ihrem Kern.

Die Linke insgesamt sollte sich keine Illusion darüber machen, wie schwierig es wird, diesen Widerständen den "Charakter einer anderen Demokratie" abzutrotzen. Harald Wolf verlangt von ihr schon wieder ein wenig voreilig eine "Loyalität der Oppositionskräfte". Trotzdem sollte die Linke wohl vor allem die "Freiheitschance" (Engler) kritisch und konsequent nutzen, die ihr der bevorstehende Diskurs bietet. Es kann ihr nichts besseres passieren, als den Zustand fragloser, rhetorisch bis zur Ermüdung wiederholter Sicherheiten im linken Lager zu überwinden. Lochners Buch ist ein Anfang.

Ingo Arend

(-/30.1.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*